



HESSISCHER LANDTAG

19. 03. 2021

ULA

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rückbau des Atomkraftwerks Biblis fortführen und transparent gestalten – sichere und ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erinnert daran, dass sich in diesem Monat die Havarie der Atomreaktoren im japanischen Fukushima zum zehnten Mal jährt. Dieses Ereignis hat dazu geführt, dass sich die Bundesrepublik Deutschland 2011 entschieden hat, den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie deutlich zu beschleunigen, so dass Ende 2022 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen wird. Bereits 2011 wurden in diesem Zusammenhang auch die beiden hessischen Reaktorblöcke des Atomkraftwerks Biblis stillgelegt.
2. Der Landtag begrüßt, dass unmittelbar nach der Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis mit dem Hessischen Energiegipfel parteiübergreifend die grundlegenden Weichen für eine atomenergiefreie und mittelfristig möglichst vollständig regenerative Energieproduktion der Zukunft gelegt wurde. Er sieht sich den Zielen des Energiegipfels weiterhin verpflichtet.
3. Der Landtag unterstützt, dass unmittelbar im Anschluss an die Stilllegung mit den Rückbauarbeiten begonnen worden ist und dass das Rückbauverfahren seitdem partnerschaftlich, zielorientiert und im Zeitplan verläuft. Durch den zeitnahen Rückbau wird eine weitere Belastung späterer Generationen durch den Abbau vermieden. Die Landesregierung hat damit den einstimmig vom Hessischen Landtag erteilten Auftrag aus dem Jahr 2011, für einen zügigen Rückbau der Anlagen zu sorgen, erfüllt. Damit der Rückbau weiterhin planmäßig vollzogen werden kann, ist die Entsorgung der anfallenden Abfallstoffe unverzichtbar.
4. Der Landtag ist der Auffassung, dass die Menschen in der Region regelmäßig und transparent über die Fortschritte der Abbautätigkeiten informiert werden sollen. Das Informationsforum Biblis ist hierfür eine Möglichkeit. Nur durch sachliche Aufklärung kann eine weitgehende Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung erreicht werden.
5. Der Landtag spricht sich dafür aus, die beim Abbau entstehenden, freigemessenen und daher ungefährlichen Stoffe entsprechend den gesetzlichen Anforderungen auf hessischen Deponien ordnungsgemäß zu entsorgen. Denn die Deponierung der Abfälle ist die Grundlage für den Rückbau des Atomkraftwerks Biblis. Zur Vermeidung von Transporten sollte die Deponierung vorrangig auf geeigneten, ortsnahen Deponien erfolgen. Dies ist auch deshalb geboten, weil es in Hessen entsprechende und geeignete Deponien gibt und die Abfälle auch in Hessen anfallen. Der Landtag stellt fest, dass nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Deponierung von Stoffen, die freigemessen sind und nicht mehr dem Atomrecht unterliegen, nicht zu Gefährdungen für die Bevölkerung bzw. die Umwelt führen. Zudem werden durch die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben sowohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Deponie, als auch Mensch und Umwelt nach strengen Vorgaben geschützt und überwacht.
6. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den sicheren Rückbau des Atomkraftwerks und die ordnungsgemäße Deponierung der Abfälle zu stärken und die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Atomausstiegs zu unterstützen, fordert der Landtag die Landesregierung außerdem auf, gemeinsam mit den Verfahrensbeteiligten zu prüfen, ob zusätzliche über die gesetzlichen Pflichten hinausgehende Maßnahmen zur Steigerung der Transparenz der ordnungsgemäßen Deponierung unternommen werden können, um das

Vertrauen der örtlichen Bevölkerung zu stärken. Hierfür könnte es beispielsweise förderlich sein, wenn sich Deponie- und Kraftwerksbetreiber freiwillig darauf verständigen, dass Vertreterinnen und Vertreter des Deponiebetreibers den Freimessungen auf dem Kraftwerksgelände beiwohnen, oder dass es ermöglicht wird, dass vom Deponiebetreiber ausgewählte Gebinde vor der Deponierung nachgemessen werden können.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zu geplanten Deponierungen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 19. März 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)